



# GÖTTINGER BLÄTTER

11.2013

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Eine Kontroverse über linke Sichtweisen auf den Konflikt in Syrien:

### „Revolution gegen eine Diktatur“ oder „Schutz der Republik vor Terroristen“?

Eine Diskussionsveranstaltung mit dem Journalisten Martin Dolzer, Mitarbeiter der Kampagne „Tatort Kurdistan“ und Frank Renken, Mitglied von Marx21 und Mitarbeiter von Christine Buchholz (MdB).

Mit Beginn der fortschrittlichen Rebellionen in Tunesien und Ägypten sind die bisherigen Kräfteverhältnisse in der gesamten Region Nordafrika/Nahost in Bewegung geraten. Die westlichen Großmächte wurden von dieser Protestwelle kalt erwischt und gehen seitdem daran, die Lage in ihrem jeweiligen Sinne zu beeinflussen.

Aufgrund der Dynamik der demokratischen und sozialen Proteste in Ägypten und Tunesien mussten die imperialistischen Staaten dort von einer direkten militärischen Einmischung von außen absehen. Anders im Falle Libyens, wo eine „Koalition der Willigen“ eilig ausgehobene Rebellenmilizen im Lande mit Waffen und Militärausbildern ausstattete, um dann das Land mit wochenlangem Bombenkrieg (im Rahmen einer sog. „Flugverbotszone“) zu überziehen.

Als es in Syrien zu einer Auseinandersetzung zwischen der Regierung und oppositionellen Gruppen kam, die schon bald auch bewaffnet ausgetragen wurde, setzten einige der imperialistischen Staaten auf die „libysche Lösung“, sprich auf das militärische Ausrüsten ihnen zugeneigter Kräfte, um die Lage zu destabilisieren. Dass es – anders als in Libyen – im syrischen Fall bisher doch nicht zu Militärschlägen von außen kam, liegt zum einen am diplomatischen Widerstand der VR China und Russlands, zum anderen an der Anti-Kriegs-Stimmung in den eigenen Ländern und in den potentiellen Aufmarschgebieten Türkei und Libanon.

Während Einigkeit unter den verschiedenen linken Strömungen in Deutschland (so auch im Göttinger Antikriegsbündnis) herrscht, dass die offene und verdeckte Einschleusung und Ausrüstung von Dihadisten sowie eine Militärintervention gegen Syrien nur den jeweiligen imperialistischen Machtinteressen dient und der Bevölkerung des Landes nichts als Leid und Zerstörung beschert, fallen die Ansichten über die syrische Opposition und die syrische Regierung durchaus auseinander.

Die Hauptfrage, an der diese linken Sichtweisen auf die Auseinandersetzungen auseinanderdriften, kreist darum, ob die bewaffneten Rebellen in Syrien noch die fortschrittliche Massenbewegung repräsentieren, die für demokratische und soziale Forderungen auf die Strasse gegangen ist. Und wie schauen die internen Verschiebungen seit dem Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen aus? Worin liegen die jeweiligen fortschrittlichen Momente der Opposition bzw. der Regierung?

**Die Veranstaltung findet statt am Dienstag, dem 05. November um 19:00 im Holbornsches Haus.**

Organisiert vom Antikriegsbündnis Göttingen mit freundlicher Unterstützung durch die Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen.

#### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

#### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

#### Inhalt

Syrienkonflikt	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
DKP	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE.	9
DIE LINKE. Kreistagsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Joachim Bertram	12

#### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2013  
ist der 15. November.  
Auslieferung am 21. November

## ► Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

**Eine Veranstaltungsreihe:**

**9. November 2013 – 30. Januar 2014**

Diese Veranstaltungsreihe ist dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Sie dürfen nicht vergessen werden.

In den Konzentrationslagern bündelte sich die nationalsozialistische Politik der Verfolgung, Entrechtung, Entwürdigung und systematischen Ermordung von Millionen Menschen. Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Dieser Tag wurde zum Symbol für eine wachsame Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Seit dem Jahr 1996 ist der

(...) Weiter auf Seite 12



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes— Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) - Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ▶ **“Aktuelles zum NSU-Netzwerk: Warum schützt und unterstützt der Staat Neofaschisten?”**

**Vortrag und Diskussionsveranstaltung mit Sebastian Carlens (Redakteur der Tageszeitung „junge Welt“), der als akkreditierter Journalist regelmäßig vom NSU-Prozess in München berichtet.**

Anfang November 2011 flog die bewaffnete, neofaschistische Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) auf. Die mutmaßlichen Rechtsterroristen des NSU sollen für insgesamt zehn Morde, an türkisch- und griechischstämmigen

Gewerbetreibenden und einer Polizistin, für mindestens zwei Bombenanschläge sowie mehrere bewaffnete Banküberfälle verantwortlich sein. Dreizehn Jahre konnten die Terroristen in der BRD relativ frei agieren, ohne dass ihnen Staat oder Behörden in die Quere kamen.

Anstatt den Hinweisen auf neofaschistische Täter nachzugehen, schikanierte die Polizei über Jahre die Angehörigen der Ermordeten: Die von der Polizei vertretene Hypothese der „organisierten Ausländerkriminalität“ wurde bis zum

Schluss aufrecht erhalten. Verstrickungen staatlicher Behörden in das engste Umfeld der Terrorzelle sind ebenso unübersehbar wie vielfältige Maßnahmen zur Vertuschung der Umstände, unter denen der NSU entstand.

Dutzende „V-Männer“ (also von den Geheimdiensten angeworbene Nazi-Spitzel) und ein Netz von Geheimdienstseilschaften flankieren den Weg des NSU – von Anfang an. Aber: Warum schützt und unterstützt der bürgerliche Staat Neofaschisten? Welches Interesse hat er an ihrer Existenz und was ist ihre Funktion?

**Samstag, 16.11.2013, 18:00 Uhr  
Großer Saal der ver.di-Geschäftsstelle  
(Groner Tor-Str. 32)**

Veranstalter: VVN-BdA Göttingen, ver.di Göttingen, SDAJ Göttingen, in Kooperation mit der Tageszeitung „junge Welt“

## ▶ **„Wolfsburg und der Porsche-Mythos. Eine kritische Beleuchtung des Unternehmens Volkswagen während der NS-Zeit und der Umgang mit Geschichte“.**

**Lesung und Diskussion mit Mechthild Hartung, Hartwig Hohnsbein und Alfred Hartung, MitautorInnen des Buches „75 Jahre ‚Stadt des KdF-Wagen‘ – Wolfsburg“, welches dieses Jahr erschien.**

Volkswagen wird 75 Jahre alt. Absatzrekorde, schicke Autos, satte Profite, zufriedene Arbeiter. Wer denkt da an einen NS-Musterbetrieb, an „Kraft durch Freude“, an Zwangsarbeit und KZ-Sklaven?

26. Mai 1938: Grundsteinlegung durch Adolf Hitler im Beisein von Porsche, Piëch und 70.000 fanatischen „Volks-genossen“. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der besetzten Länder, Kriegsgefangene und KZ-Sklaven müssen Minen, Flugzeug- und Raketenteile sowie Kraftfahrzeuge produzieren und munitionieren so die faschistische Wehrmacht für den mörderischen Fedzug. Für die Porsches und Piëchs die Begründung

des Milliardenvermögens, für die zur Arbeit gezwungenen 20.000 Männer und Frauen ein Albtraum, den viele nicht überleben.

Die Autorinnen und Autoren beleuchten die Geschichte der „Stadt des KdF-Wagen“, sie spüren der durch die Nazis begründeten „klassenlosen Volks- und Betriebsgemeinschaft“ nach und beschreiben Kontinuitäten, durch die aus der „Stadt des KdF-Wagen“ dieses Wolfsburg wurde. Die ungebrochene Verehrung von Porsche ist dem Mythos vom „genialen Konstrukteur“ geschuldet. Kann sich eine Legende so lange halten, weil sie Teil der Marketingstrategie ist?

Nach der Befreiung vom Faschismus zunächst „herrenlos“, gehört Volkswagen 75 Jahre nach der pompösen Gründung dem Porsche-/Piëch-Familienclan, der auf den Gebeinen der ehemaligen Zwangsarbeiter seinen heutigen Reichtum i.H. von 35 Mrd. Euro errichtete.

**Montag, 2. Dezember 2013, 18:00 Uhr  
Großer Saal der ver.di-Geschäftsstelle  
(Groner Tor-Str. 32)**

Veranstalter: VVN-BdA Göttingen und ver.di Bildungswerk Göttingen.

## **„La vita continua“**

**Konzert mit Esther Bejarano und Microphone Mafia**

**Donnerstag, 21. November 2013 im  
Kino Lumiere, Geismar Landstraße 19**

Esther Bejarano überlebte als Musikerin des Mädchenorchesters das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Ihr gelang die Flucht von einem der Todesmärsche. Als politische Aktivistin und Musikerin kämpft Esther Bejarano noch heute gegen Faschismus und Antisemitismus. Sie ist Vorsitzende des Auschwitzkomitees und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA. Gemeinsam mit den Kölner Rappern Kutlu Yurtseven und Signore Rossi von Microphone Mafia gründete sie ein spannendes Musikprojekt. In diesem Jahr hat es mit „La vita continua“ die zweite CD veröffentlicht.

Veranstalter: OLAfA in Kooperation mit dem Theaterkeller und der Basisgruppe Geschichte

## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlungen

**Am Dienstag, den 05. November und 03. Dezember 2013**

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt

## ► Hunger und Elend erzeugen

### Die perfiden Ziele der US-Blockade gegen Kuba

Am 29. Oktober stimmen die 193 Mitglieds-länder der Vereinten Nationen in New York zum 22. Mal über die Forderung nach Beendigung der US-Blockade gegen Kuba ab. Dazu hat dessen stellvertretender Außenminister Abelardo Moreno am Montag vor Journalisten in Havanna eine aktuelle Dokumentation über Ausmaß und Folgen der Sanktionen präsentiert. Der Bericht belegt in fünf Abschnitten mit zahlreichen Fakten, wie die USA versuchen, die ökonomische Lebensgrundlage eines ganzen Volkes zu zerstören.

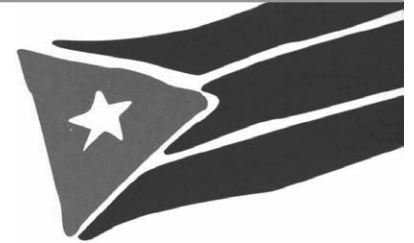
Moreno wies darauf hin, daß die Einschränkungen von Wirtschaft, Handel und Finanzen in den letzten Jahren ständig ausgeweitet wurden. So seien die US-Behörden immer stärker bemüht, die Blockade Kubas auch in anderen Ländern durchzusetzen. Mit aggressiven Methoden wie Drohungen und Bußgeldern sollen der Handel mit Drittländern, Firmenkooperationen, die Zusammenarbeit mit multilateralen Institutionen und ausländische Investitionen in Kuba erschwert oder verhindert werden. Den gesamten wirtschaftlichen Schaden, den Kuba bisher durch die Blockade erlitten hat, bezifferte Moreno mit mehr als 1,1 Billionen US-Dollar (exakt 1157327 Millionen Dollar). Der ökonomische Vernichtungsfeldzug wirke sich nicht nur auf Investitionen in die Infrastruktur im Bereich von Gebäuden und Straßen und die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgüter aus, sondern auch auf den Tourismus, die Kultur, den Sport, das Bildungswesen und den Gesundheitssektor.

Als Ort der Präsentation war das »Zentrum zur Behandlung herzkranker Kinder William Soler« in Havanna gewählt worden. Klinikdirektor Eugenio Selman berichtete von Tausenden Kindern, denen hier das Leben gerettet werden konnte, obwohl die Blockade den Ärzten den Zu-

gang zu notwendigen Medikamenten und technischen Hilfsmitteln erschwert. Selbst Stickstoffmonoxid, das für die Herzchirurgie unverzichtbar ist, unterliege der von Washington durchgesetzten Sperre. Das US-Außenministerium hatte die in ganz Lateinamerika bekannte und weltweit geschätzte Spezialklinik für herzkranke Kinder im Jahr 2007 zur »militärischen Einrichtung« erklärt und auf die Blockadeliste gesetzt.

Abelardo Moreno warf der Obama-Administration vor, entgegen den früheren Ankündigungen des Präsidenten zur Normalisierung der Beziehungen, die Blockade in den letzten Jahren ausgeweitet zu haben. Seit dem Amtsantritt Barack Obamas im Januar 2009 bis zum September dieses Jahres hätten die US-Behörden beispielsweise 30 Unternehmen in den USA und in Drittländern zu Geldstrafen von insgesamt mehr als 2446 Milliarden US-Dollar verurteilt, weil sie Geschäftsbeziehungen zu Kuba unterhalten haben. Nach dem am Montag vorgelegten Bericht waren die Schäden durch die Blockade im Jahr 2013 in zahlreichen Bereichen der Volkswirtschaft Kubas höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Als Ziel der Blockade hatte die US-Regierung bereits im Jahr 1960 vorgegeben, »durch Schwächung der Wirtschaft ein niedriges Einkommensniveau herbeizuführen, Hunger, Elend und Verzweiflung zu erzeugen und so zum Sturz der Regierung beizutragen«. Seit mehr als 50 Jahren wird dieses Szenario verfolgt – und seit 22 Jahren fordert eine ständig wachsende Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten die USA auf, ihre Blockade gegen den Inselstaat zu beenden. Die Unterstützung für Kuba ist seit der ersten UN-Abstimmung im Jahr 1992, als sich 59 Staaten für und drei gegen die



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

Resolution aussprachen, während sich noch 71 Länder enthalten hatten, ständig gestiegen. Im letzten Jahr stimmten 188 Staaten für den Antrag Kubas, drei Länder (USA, Israel und Palau) stimmten dagegen, Mikronesien und die Marshallinseln enthielten sich. UN-Beobachter erwarten am 29. Oktober ein ähnliches Ergebnis, befürchten aber auch, daß die USA sich wie bisher über die Beschlüsse der Völkergemeinschaft hinwegsetzen werden.

## ► Bezahlendienst PayPal verhängt Rock'n'Roll- Embargo gegen Kuba

**Berlin/Washington.** Der Online-Bezahlendienst Paypal ist erneut gegen Kunden vorgegangen, die mit dem sozialistischen Kuba in Verbindung stehen. Nachdem entsprechende restriktive Maßnahmen gemäß der in Europa umstrittenen US-Blockade gegen Kuba in der Vergangenheit Online-Händler trafen, wurde im aktuellen Fall das Konto der Rügener Rock-Band COR gesperrt.

Die Musiker hatten für eine vorgesehene Konzertreise nach Kuba zu Spenden aufgerufen. Der zum eBay-Konzern gehörende Bezahlendienst PayPal hat die über ihn zum Transfer vorgesehenen Mittel jedoch eingefroren und verweigert deren Weiterleitung auf das Konto der Musiker. Dieses »Rock'n'Roll-Embargo« begründet PayPal mit den seit 1961 von den USA verhängten und immer wieder verschärften Blockade-Bestimmungen.

Vor zwei Jahren hatten ähnlich betroffene deutsche Unternehmen mit PayPal vor dem Landgericht in Traunstein, Bayern, einen Vergleich erzielt. Dabei hatten sich die Unternehmen jedoch den Bestimmungen der US-Blockade unterworfen und bereit erklärt, keine kubanischen Produkte mehr über PayPal bezahlen lassen.

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

### ► Bundeskongress der SDAJ

Am 2. Oktoberwochenende führte die Sozialistische deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) erfolgreich ihren Bundesdelegiertenkongress durch. Zwei Tage lang diskutierten 101 Delegierte über ihre Arbeitsvorhaben in den nächsten zwei Jahren.

Die hier beschlossene Kampagne, „Unsere Zukunft statt eure Profite! Ausbeuter outen, Ausbildung erkämpfen!“, hat zum Ziel, Verursacher und Profiteure mieser Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu outen und Jugendliche in aktive Auseinandersetzungen zu führen.

Eine klare Einstimmigkeit gab es bei der Feststellung, dass der SDAJ niemand die wichtige Aufgabe abnehmen wird, in betrieblichen Kämpfen die Einsicht zu vermitteln, dass die Interessen der Arbeiterjugend nur gegen den Willen der Herrschenden und ihren Staat durchzusetzen sind.

Anknüpfend an die in letzter Zeit gewachsenen Erfahrungen der SDAJ in gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfen sollen im Jahr 2014 also die Kräfte gebündelt, werden, um gemeinsam mit vielen Jugendlichen für einen klaren Riegel gegen die Verfügungsgewalt des Kapitals zu kämpfen.

Wichtiger Bestandteil der Tagung waren auch die revolutionären Grüße der anwesenden VertreterInnen von Schwesterorganisationen aus Belgien, Griechenland, Luxemburg, Österreich, Spanien sowie des Vizepräsidenten des /Weltbundes der demokratischen Jugend/, sowie die kubanische Botschafterin und Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei.

Nun geht es darum, die vielen Diskussionen und Beschlüsse in eine schlagkräftige Praxis zu übertragen. Im Kampf auf der Straße und im Betrieb: „Ausbeuter outen, Ausbildung erkämpfen!“

### Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### **Dienstag, 12. November, 20.00 Uhr**

Thema: Fortsetzung de Diskussion zum Arbeitsplan 2013/14 vom 29.10.

#### **Dienstag, 26. November, 20.00 Uhr**

„Grenzen kommunaler Wohnungspolitik“ Eine Veranstaltung der DKP mit Dr. H.D. von Frieling, **20.00 Uhr, Holbornsches Haus, Rote Strasse 36, Göttingen**

Wir freuen uns über alle die uns bei unseren ambitionierten Vorhaben unterstützen wollen und laden alle Jugendliche ein, sich daran zu beteiligen. Ihr findet uns auf Facebook, im Internet und in Göttingen jeden Montag ab 18:00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2.

Revolutionäre Grüße, SDAJ Göttingen

Veranstaltung

## Grenzen kommunaler Wohnungspolitik

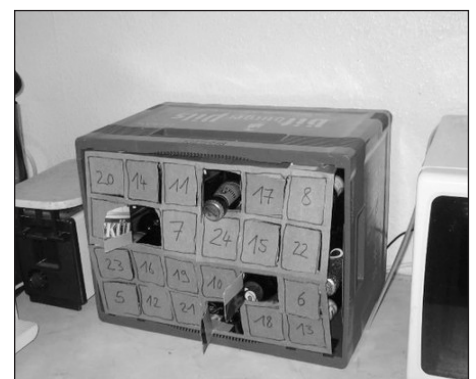
Kommunen, so auch Göttingen, können allein die aktuelle Wohnungsnot nicht im Sinne der Bedürftigen bewältigen. Sie stoßen natürlich an ihre ökonomischen Grenzen, sie stoßen an die Grenzen der Gesetzgebung. Aber auch bei gutwilligster Gesetzgebung wird Wohnungspolitik vor allem eine weitere Förderung der Banken sein, so lange der Wohnungsbestand nicht dem „Markt“ entzogen wird.

**Vortrag und Diskussion mit**

**Dr. Hans Dieter von Frieling, Göttingen**

**Dienstag, 26. November, 20.00 Uhr  
Holbornsches Haus, Rote Str. 34**

Eine Veranstaltung der DKP-Göttingen



**Weihnachten naht:  
Zeit, sich einen Adventskalender zu basteln!**



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh – immer einen Besuch wert!



# Heideruh

Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte

Idylle pur: Wald, Blumen, Lampen in der Nacht, manchmal Schnee behangene Tannen, Wasserfontänen im Sonnenlicht. Egal wie das Wetter ist – in Heideruh ist es schön – und ruhig. Ein Ort der Erholung. Erholung vom Kampf – gegen den Faschismus, für Frieden, gegen Ungerechtigkeit. Ein Ort der Geschichte; der Teil der Geschichte, auf die die BRD stolz sein kann, eigentlich damit angeben müsste. In Selbstverwaltung, ohne Förderung, aber mit großem individuellem Einsatz in den Jahren nach dem Faschismus aufgebaut und seitdem erhalten. Wenige erinnern sich an die Anfangsjahre – aber auch die kommen noch nach Heideruh. Und sie hoffen, dass ihr Werk, ihre Ideen und ihr Kampf nicht in Vergessenheit geraten. Dass sie noch miterleben, dass dieser antifaschistische Ort erhalten bleiben kann, auch wenn es keine Zeitzeugen des Widerstands gegen den Faschismus mehr gibt.

Heideruh ist ein historischer Ort: 1945 vom Komitee für politisch Verfolgte

als VVN-Kinderheim gegründet, dann als FDJ-Jugendheim genutzt und zum Erholungsheim für Verfolgte des Faschismus und der Nachkriegs- und Nachwendezeit entwickelt und nun: Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte. (Die Geschichtsdokumentation „Heideruh – Verfolgung und Widerstand“ ist für 5 Euro zu bestellen.) Die Rückmeldungen auf die Verjüngung sind positiv, neue Wege schließen alte Traditionen nicht aus. Die Einmaligkeit in der BRD macht neugierig. Die politische Vielfalt und die Engstirnigkeit im antifaschistischen Denken lassen auch geistige Erholung und Anregung zu – selten genug geworden sind diese Gelegenheiten.

Im vergangenen Jahr hat sich ein sechsköpfiges Team gebildet, das ganzjährig den Heideruh-Alltag bewältigt. Das Team und der Vorstand bauen an der Zukunft: Im Dezember erscheint der Katalog 2014 mit mehreren Kurzurlauben gegen das Vergessen und anderen schönen Angeboten.

Die BRD braucht Orte, in denen sich außerhalb fest gefügter Organisationsstrukturen antifaschistische Menschen begegnen, austauschen und weiter entwickeln können. In Heideruh treffen sich alt und jung, Ost und West, Mann und Frau, Mitarbeitende und Gäste, Gruppen und Einzelne aus unterschiedlichen antifaschistischen Zusammenhängen – gut gepflegt durch gute Küche, Gespräche und die direkte Nähe zur Natur. Und plötzlich sind Grabenkämpfe unwichtig, differierende Normen und Werte zum Lachen.

Aber: Reicht das Geld so lange, bis die Neuerungen neue Gäste und Gruppen erreicht und Heideruh-KennerInnen dazu bringt, mal wieder zu kommen? Reicht die Zeit um die Übernachtungszahlen um ein Drittel zu erhöhen?

*Bea Trampenau,*  
seit 2010 Geschäftsführerin in Heideruh



### Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh

Ahornweg 45  
21244 Buchholz i.d. Nordheide  
Tel.: 04181 / 8726  
e-mail: [info@heideruh.de](mailto:info@heideruh.de)  
Homepage: [www.heideruh.de](http://www.heideruh.de)

Spendenkonto:  
PGA Hamburg (BLZ 20010020)  
254 024 204

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung:

**Mittwoch, 20. November 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum**

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung
2. Wahl der Versammlungsleitung
3. Rechenschaftsbericht des KSR
4. Finanzbericht
5. Entlastung des KSR
6. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
7. Neuwahl des KreissprecherInnenrates
- 7.1. Wahl der Kreisschatzmeisterin / des Kreisschatzmeisters
- 7.2. Wahl der weiteren Mitglieder des KSR
8. Wahl von zwei Kassenprüfern
9. Wahl einer/eines Bildungsbeauftragten
10. Nominierungen für den Sprecherkreis der GöLinken
11. Aktuelle 1/2 Stunde
12. Berichte und Termine
13. Verschiedenes

Bewerbungen für den KSR, die bis zum 13.11. per Mail beim Kreisverband eingehen, werden noch per E-Mail an die Mitglieder verschickt.

## Kommunalpolitisches Regionstreffen Südniedersachsen

**Samstag, 30. November 2013, 10.30 bis 16 Uhr**

**im Naturfreundehaus Göttingen, Naturfreudeweg**

Schwerpunktthema: **Umsetzung von Hartz IV auf kommunaler Ebene**

Für kostengünstige Verpflegung ist gesorgt.

Anmeldungen bitte bei Eckhard Fascher: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de) oder 0551-40137061  
 Veranstalter: LINKES Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen

## Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Mittwoch (!), 6. November 2013, 19 Uhr, Rotes Zentrum**

Schwerpunktthema: Oberbürgermeisterwahl in Göttingen 2014

„Der EURO - ich krieg die Krise!“; **Bildungsveranstaltung des Ortsverbandes**

**Samstag, 9. November, 16 Uhr, Rotes Zentrum**

Auch wenn die Eurokrise in den Medien derzeit nicht so präsent ist, in den am stärksten betroffenen Ländern ist sie sehr sehr real. Der Bereich Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE stellt zahlreiche Materialien hierzu bereit, mit denen wir das Thema aufarbeiten wollen.

### OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

**Freitag, 8. November 2013, 19 Uhr** in der Gaststätte „Zum Onkel Paul“, Siebenturmstr. 9.

### Termine der OV Adelebsen-Bovenden, Dransfeld und Rosdorf

Bitte bei den jeweiligen Verantwortlichen (vgl. Adressenspalte) erfragen.

### Treffen der Linksjugend solid:

**Mittwoch, 13. November 2013, 19 Uhr** im Roten Zentrum

**Mittwoch, 27. November 2013, 19 Uhr** im Roten Zentrum

### Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

### Treffen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. /

### Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Veranstaltungen auf den Seiten 9 und 11

## Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum  
 (Keine Sprechstunde in den Ferien)

### Newsgroup:

Anmeldung unter:

[webmaster@die-linke-goettingen.de](mailto:webmaster@die-linke-goettingen.de)

### Linksjugend [;solid]:

[solid@die-linke-goettingen.de](mailto:solid@die-linke-goettingen.de)

### Hochschulgruppe

### DIE LINKE.SDS

Florian Gruhl,

E-Mail: [florian.gruhl@wpl](mailto:florian.gruhl@wpl)

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: [hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546

[rosdorf@die-linke-goettingen.de](mailto:rosdorf@die-linke-goettingen.de)

### OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

E-Mail: [adelebsen@die-linke-goettingen.de](mailto:adelebsen@die-linke-goettingen.de)

oder [bovenden@die-linke-goettingen.de](mailto:bovenden@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: [dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

### Arbeitsgruppen

**AG Sozialpolitik:** Patrick Humke,

Tel. 05 51-5 31 15 63,

[patrick.humke@dielinke-goettingen.de](mailto:patrick.humke@dielinke-goettingen.de)

**Ökologische Plattform:**

Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457

Festnetz: 0551-40137061

[eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de](mailto:eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de)

**AG Betrieb & Gewerkschaft**

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-gb@die-linke-goettingen.de)

**AG Netzpolitik**

Uli Eberhardt

[ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de)

### Rosa-Luxemburg-Club

### Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457,

Festnetz: 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de) oder

### Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial Im Oktober findet im Göttinger Stadtrat traditionell keine Rats-Sitzung statt, deshalb an dieser Stelle in der Novemberausgabe zwei kurze Erläuterungen zu einer Anfrage der GöLi- Ratsfraktion und zu einer Pressemitteilung, die auch auf der Homepage der Fraktion nachgelesen werden können <http://www.goettinger-linke.de/ratsfraktion>

Fraktion Göttinger Linke  
Neues Rathaus, Zi. 196  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
tel 05 51-4 00 24 99  
fax 05 51-4 00 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)  
[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

Anfrage der GöLi-Ratsfraktion: Nachmittagsbetreuung für Grundschulschülerinnen und Grundschüler gemäß ‚Rahmenkonzept für Nachmittagsangebote an künftigen Ganztagsgrundschulen in der Stadt Göttingen‘

Auf Anfrage der Ratsfraktion „GÖ-Linke“ hat sich für die Nachmittagsangebote an Göttingens Ganztagsgrundschulen herausgestellt, dass der vorausberechnete Betreuungsbedarf von mindestens 60% der Kinder an einigen Schulen auf 60% als Maximum festgelegt ist. Dies bedeutet, dass zum Beispiel an der Herman Nohl Schule keine weiteren Schüler und Schülerinnen mehr aufgenommen werden dürfen. Betroffene Eltern bekommen das Angebot ihr Kind an einer anderen Grundschule mit einem Ganztagsangebot außerhalb des Einzugsbereiches anmelden zu können. Hier entsteht die Situation, dass Primarschüler/innen längere Wege in Kauf nehmen müssen, um ein Ganztagsangebot wahrnehmen zu können. Ein altersgerechtes Transportangebot fehlt. Zu bemängeln ist die fehlende Flexibilität, die bei der Organisation des Ganztagsunterrichts vor den Sommerferien einsetzen muss, wenn sich herausstellt, dass der Bedarf an einigen Grundschulen höher ist als an anderen. Der Durchschnittswert von 60% mag ja für das gesamte Stadtgebiet ausreichend sein, ist aber nicht als gleichmäßige Angebotsgröße an allen Grundschulen festzulegen.

Zu kritisieren ist die Vernachlässigung der Einzugsbereiche, die ja ein wohnortsnahes Betreuungsangebot sichern sollen.

Die bisherigen Planungen zum nächsten Schuljahr sehen vor, dass voraussichtlich die Lohbergschule in eine Ganztagschule umgewandelt wird. Ob dies ausreicht ist zu bezweifeln.

Es steht außer Frage, dass die Stadt Göttingen einen hohen Betrag für die Ganztagsbetreuung an den Grundschulen zahlt, es ist aber weiterhin die Frage, warum sich die Politiker und Politikerinnen der Mehrheitsfraktionen im Rat der Stadt Göttingen nicht intensiver um eine bessere Lehrerversorgung für den Ganztagsbereich einsetzen, denn ihre Parteien stellen die Landesregierung und mit einer besseren Lehrerversorgung würde die Stadt Göttingen finanziell entlastet werden.

Pressemitteilung der GöLi-Ratsfraktion: SPD-Stadtverband fordert, was die SPD-Ratsfraktion noch im Februar für rechtlich undurchführbar hielt, die Senkung der überhöhten Dispo-Zinsen durch die Göttinger Sparkasse

„Wenn wir es schon nicht schaffen, die SPD-Ratsfraktion zum Nachdenken zu bringen, so schaffte es dann doch immerhin die Stiftung Warentest, die Göttinger SPD-Parteiführung dazu zu bringen sich der Thematik zu zuwenden“, so Gerd Nier für die Ratsfraktion Göttinger Linke. Jetzt fordert auch der SPD Stadtverband in einer Presseerklärung ihre Mandatsträger im Zweckverband und dem Sparkassenverwaltungsrat auf, sich für eine deutliche Senkung der überhöhten Dispo-Zinsen einzusetzen. Wie die Göttinger Linke schon seit geraumer Zeit, verweisen die SPD-ler nun auch auf den unrühmlichen Spitzenplatz in Niedersachsen, den die Göttinger Sparkasse mit 13,5 Prozent Dispo-Zinsen einnimmt. Auch sie scheinen mittlerweile Vergleiche mit anderen Banken hergestellt zu haben, deren Zinssätze teilweise um sechs bis sieben Prozent positiver für ihre Kunden aussehen. In der Ratssitzung im Februar stimmte die SPD nicht nur geschlossen gegen einen Antrag der GöLi, auf die Sparkasse einzuwirken, um einen günstigeren Zinssatz zu erwirken, man weigerte sich sogar, den Antrag zur weiteren inhaltlichen Beratung in den Finanzausschuss zu überweisen. Protokollauszug: Ratsherr Dr. Pfahl (SPD): „Die SPD-Ratsfraktion könne schon deshalb nicht zustimmen, weil er rechtlich undurchführbar sei. (...) Die Vertreter im Verwaltungsrat (sind) nicht an Weisungen des Rates gebunden. (...) Der Antrag auf Überweisung in den Finanzausschuss wird mehrheitlich abgelehnt. Der Antrag der GÖLINKE-Ratsfraktion wird vom Rat mit Mehrheit bei fünf Enthaltungen abgelehnt.“ Nicht mit einem Wort ging der Vertreter der SPD seinerzeit darauf ein, dass besonders Geringverdiener häufig in die Situation geraten, ihr Konto überziehen zu müssen.

Mal sehen, ob die SPD-Ratsfraktion nun der Aufforderung ihrer eigenen Partei folgen wird und einen entsprechenden Ratsantrag einbringt und/oder im Verwaltungsrat der Sparkasse – in dem die Göttinger Linke keinen Sitz hat – entsprechend tätig wird. Wir werden auf jeden Fall am Ball bleiben.



Wähler/innengemeinschaft

# Göttinger Linke

## ► Das tausendfache Sterben im Mittelmeer und die katastrophalen Zustände auf Lampedusa gehen auch uns an.

**In Hamburg schlägt der SPD-Senat einen schikanösen Umgang mit Flüchtlingen und eine harte Gangart gegenüber Demonstranten ein.**

Immer mehr Menschen spüren: Innensenator Neumann lügt, wenn er behauptet, er wolle die Namen von Flüchtlingen feststellen lassen um diesen ein Bleiberecht zu ermöglichen. Bürgermeister Scholz und Neumann haben mehr als einmal deutlich gemacht, es gebe keine Hoffnung für die Flüchtlinge aus Lampedusa.

Geplant wird die alternativlose Abschiebung der Flüchtlinge nach Italien und zu nichts anderem dienen die mittlerweile systematischen Kontrollen dunkelhäutiger Menschen in Hamburg. Dies ist Kern der derzeitigen Auseinandersetzungen dort. Unsere Forderung kann nur lauten: Bleiberecht für alle!

Die Proteste gegen rassistische Kontrollen und Abschiebungen sind mit dem harten Eingreifen der Polizei gegen die Demonstration am 15. Oktober nicht beendet, sie werden weitergehen.

In Hamburg wird nun für alle einerseits unüberschaubar, mit welcher Kaltschnäuzigkeit, welcher Inhumanität von der Bundesregierung und den meisten Landesregierungen der Flüchtlingswelle aus Afrika begegnet wird und andererseits wie europäische Solidarität gegenüber den Südeuropäischen Ländern in der gemeinsamen Bewältigung dieser humanen Aufgabe aussieht. Und zu sehen ist auch,

wie schnell sich Humanitätsfloskeln aus Sonntagsreden im politischen Alltag in ihr Gegenteil verkehren.

Neben der Solidarität mit den Hamburger Flüchtlingen und ihren Unterstützer/innen müssen wir uns in Göttingen aber vermutlich sehr bald auch hier der konkreten Aufgabe stellen, dass die beschlossenen Aufnahme von weiteren Flüchtlingen insbesondere aus Syrien nicht zu neuen Ghettoisierungen führt. Dezentrale Unterbringungen und die Vermeidung großer Sammellager als Zielsetzung städtischer Flüchtlingspolitik muss weiterhin Bestand haben.

Stadt und Bürgerinnen und Bürger müssen gemeinsam dafür sorgen, eine positive Willkommenskultur gegenüber diesen heimatlos gewordenen Menschen aufzubauen und ihnen in ihrer schwierigen Lebenssituation hilfreich zur Seite zu stehen. (gn)

### Neues aus dem Bundestag:



## Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)  
SprecherInnenkreis:  
Barbara Kunis, Brunhilde Schöne,  
Thomas Bahrs, Gerd Nier,  
Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke  
im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 05 51-4 00 24 99  
Fax 05 51-400 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr  
Mittwoch, 13-16.30 Uhr  
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
Patrick Humke  
Civar Akad

## Kommunalpolitischen Arbeitskreis:

Der neue Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.  
Eine Einladung ergeht per mail.

### Einladung zur

## Jahreshauptversammlung der Göttinger Linke:

Die Jahreshauptversammlung 2013 der Göttinger Linke wird stattfinden am

**Montag, 09. Dezember,  
19.00 Uhr, Rotes Zentrum**

- Thematischer Hauptpunkt:  
Wohin entwickelt sich die „Beschäftigungsförderung“? Hierzu werden wir einen kompetenten Gast begrüßen können.
- Formalia:  
Rechenschaftslegung des SprecherInnenkreises und Kassenbericht
- Wahl des SprecherInnenkreises und der RevisorInnen

Der Vorschlag zur Tagesordnung wird in den Göttinger Blätter, Ausgabe 12/2013 veröffentlicht.



## ► Verständliche Illusionen

von Manfred Sohn

Am 22. September war auf den Wahlfeiern der Partei DIE LINKE die Stimmung gut. Das ist verständlich, vor allem vor dem Hintergrund der vorangegangenen schweren Wahlniederlagen bei fast allen Landtagswahlen sowie bei Umfragen im Umfeld des Göttinger Parteitags vom Juni 2012, die auf die Gefahr hindeuteten, nicht nur aus westdeutschen Parlamenten, sondern sogar – wie schon 2002 – als Fraktion aus dem Deutschen Bundestag zu verschwinden. (gekürzt)

Zum vertrauten Mantra der gesellschaftlichen Linken – also nicht nur der sich so bezeichnenden Partei, sondern auch der Gewerkschaften und sich als links verstehender anderer Parteiströmungen und Gruppierungen – gehört die Überzeugung, es gäbe eine arithmetische und gesellschaftliche Mehrheit auf der Linken, die es gelte zu einer politisch wirksamen Mehrheit zu verwandeln. Wahlen, die viel gewichtiger als Umfragen ein Schlaglicht auf gegenwärtige Kräfteverhältnisse werfen, haben diese Meinung über Jahre gestützt. Die SPD war in die erste Koalition unter Merkel deshalb gezogen, weil sie sonst ihr eigenes Programm mit GRÜNEN und LINKEN hätte realisieren müssen. Diese Dreiergruppierung hatte damals sowohl die Mehrheit bei den Wahlen als auch die Mehrheit bei den Mandaten errungen. Vier Jahre später war zwar die Mehrheit der Mandate verdampft und so der Weg für die Koalition mit der FDP für Merkel frei, aber der unmittelbar danach einsetzende Sturzflug der Liberalen schien die Hoffnung zu rechtfertigen, es gäbe weiterhin eine strukturelle linke Mehrheit im Lande. Die Illusion, das sei weiterhin so, wird genährt durch die nun wieder errungene knappe Mehrheit der Mandate. Diese Sicht hält einer genaueren Prüfung aus mindestens zwei Gründen nicht Stand.

Der erste Grund liegt darin, daß die beiden größeren Formationen rechts von CDU/CSU – also FDP und AfD – sich dank undemokratischer 5%-Klausel selbst aus dem Parlament geschossen haben. Fast 10% der Stimmen des

rechten Lagers sind so parlamentarisch nicht wirksam. Diese zu dem schwarzen Block von CDU/CSU gerechnet, ergibt sich gegenüber dem CDU/CSU/FDP-Block, der bei den Wahlen 2009 zu einer konservativen Regierung führen konnte und damals 48,6% der Stimmen auf sich vereinigte, einen Zuwachs auf nun stabile 51%, die sich – bei gesteigener Wahlbeteiligung – hinter den drei Rechtsparteien CDU/CSU, FDP und AfD versammelt haben. Die drei Parteien der vermeintlichen linken Gesellschaftsmehrheit sind demgegenüber nur auf 42,7 Prozent gekommen – damit nur knapp über den Wert der stärksten Rechtspartei allein und zusammen fast 10 Prozent schwächer als das versammelte, aber eben am rechten Rand sich gegenseitig neutralisierende konservativ-reaktionäre Lager.

Zweitens zeigen die Prozesse bei den GRÜNEN nach der Wahl (wie für nüchterne, illusionslose Betrachter dieser Partei auch schon vorher), daß es ein schwerer Fehler wäre, diese Gruppierung dem linken Lager zuzurechnen. Ihrem Wesen nach ist das die Partei, die helfen soll, dem angeschlagenen kapitalistischen System die von ihm selbst bedrohte stoffliche Basis weiterhin zu sichern. Linke Illusionisten, die – vor allem in den 80er Jahren aus dem KB/Nord und anderen marxistisch beeinflussten Gruppierungen kommend – in diese ökologische Bewegung zur Sicherung eines grünen Kapitalismus hineinströmten mit der offenen Ankündigung, das Projekt antikapitalistisch zu prägen, sind nach und nach wie Dittfurth, Ebert und Trampmann auf der Strecke geblieben. Die prinzipienlosesten dieser ehemals Linken, die lange als Feigenblatt für die restlose Verbürgerlichung dieser Gruppierung erhalten sollten, wie Trittin oder Roth werden nun beiseite geschoben, um sich den Weg zu einer Koalition mit der CDU/CSU freizuhalten. Ein wirklich gesellschaftsveränderndes Projekt ist mit ihnen nicht zu wagen. Das liegt nicht nur an ihren handelnden Personen, sondern auch an ihrer eigenen Wählerbasis. Die besteht aus Besserverdienenden, die

sich ihr Gewissen durch ein Kreuz für eine grüne Zukunft erleichtern, aber gleichzeitig darauf bedacht sind, daß sich an ihrem gegenwärtigen Leben nichts ändert. Wie eine Fata Morgana verschwindet ihr gesellschaftsverändernder Impuls, sobald es an ihren eigenen Geldbeutel geht. Und diese schwache Stelle hat die rechts dominierte Medienlandschaft mit der verlogenen Debatte um die Steuervorschläge Trittins in den Mittelpunkt ihres Vorhabens gestellt, den GRÜNEN ihre Grenzen aufzuzeigen und sie in Richtung des rechten Weges zu drücken. Das ist gelungen. Selbst wenn wir die SPD vollständig einbeziehen, müssen wir konstatieren, daß das Lager, das zu grundlegenden Gesellschaftsveränderungen bereit ist, nicht mehr als ein Drittel des Wahlvolkes umfaßt. (gekürzt)

Was bedeutet das für die Gestaltung linker Politik? Ausgangspunkt dieser jetzt zu führenden Debatten sollte zunächst ein illusionsloser Befund unserer Lage sein. Die aber ist eben nicht dadurch gekennzeichnet, daß es eine wachsende gesellschaftliche Mehrheit für grundlegende Veränderungen gäbe, die nur politisch zusammengeführt werden müsse. Wer auf der Basis des Ergebnisses vom 22. September ein solches Projekt – also etwa eine Koalition von SPD, GRÜNEN und LINKEN starten will – rennt in ein politisches Abenteuer, das nur mit der Zertrümmerung der parlamentarischen Basis der Linken enden kann. Es gibt noch keine Mehrheit, die die Gesellschaft verändern könnte oder wollte. Es gilt, das ist die Hauptlehre vom 22. September, diese Mehrheit überhaupt erst zu erringen.

.....

**Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:**

### „The Lab“ - ein Film über Israels Rüstungsindustrie

mit dem Regisseur Yotam Feldman und Shir Hever ( Ökonom )  
**am 2. Dezember 2013, 19 Uhr.**  
 Ort noch offen  
 Mitveranstalter:  
 AKtion Gerechter Frieden Nahost

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 12 – Sept./Okt. 2013

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

## EDITORIAL

In der Kreistagssitzung vom 30.09. wurde wie üblich durch den Landrat der Kreishaushalt für das kommende Jahr eingebracht. Die CDU brachte allerlei Resolutionen vornehmlich zu landespolitischen Themen ein. Außerdem wurde die Position der Ersten Kreisrätin neu besetzt.

Einstimmig beschlossen wurden (von der CDU angeregte) gemeinsame Resolutionen aller Parteien zur Verbesserung der niedersächsischen Bestimmungen zum Personalschlüssel bei Kindergärten und Krippen.

Wichtigster Punkt für die LINKSFRAKTION war jedoch das Thema GVZ.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 tel 05 51-525 108  
 fax 05 51-525 803  
 dielinke@landkreisgoettingen.de  
 www.dielinke-goettingen.de

## TOP 5 – Einbringung des Haushaltes 2014

Der Landrat stellte in seiner Rede in groben Zügen dar, welche Entwicklungen sich bei der Aufstellung des Haushaltes für 2014 abzeichnen. Durch die vom Land gewährte „Hochzeitsprämie“, die als Zuwendung für die beschlossene Fusion mit dem Landkreis Osterode gezahlt wird, würden die Kassenkredite in 2014 nahezu vollständig getilgt sein. Ergo: wer brav ist und neoliberale Zukunftsverträge abschließt, wird belohnt!

Was der Haushalt 2014 im Einzelnen bringen wird, werden wir dann nach Abschluss der Beratungen im Dezember wissen.

Interessantes Detail: Aufgrund sozialer Probleme und zunehmenden Drucks auf Familien explodieren die Ausgaben im Jugendhilfebereich.

## TOP 10 – Neuwahl der Ersten Kreisrätin

Nach einem Personalauswahlverfahren, das jeder Bewerber für eine ganz normale Arbeitsstelle kennt, wurde die bisherige Kreisrätin Christel Wemheuer (Grüne) als qualifizierteste Bewerberin für die ab 1.1.2014 für acht Jahre neu zu besetzende Stelle als Nachfolgerin von Franz Wucherpfennig benannt. Dem Personalvorschlag des Landrates folgte der Kreistag bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. Auch wenn Frau Wemheuer gegenüber Wucherpfennig eine deutliche Verbesserung darstellt, so gibt es doch beispielsweise Kritik am Umgang mit dem Visagisten Sasha Arnold und an der von ihr mit getragenen Kreisfusion. Auch eine Gegenposition zu dem antisozialen Kurs des Landrates beispielsweise bei der KDU ist von ihr nicht zu erwarten.

## TOP 11 – Personalauswahlverfahren Kreisrat

Das Aufrücken der bisherigen Kreisrätin führt dazu, dass diese Stelle nun neu besetzt werden muss. Der Verfahrensablauf dazu wurde demgemäß vom Kreistag beschlossen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Stelle wohl von der SPD neu besetzt wird und die Stellenausschreibung an den als von dieser am besten geeigneten Bewerber anzupassen ist. Die „Wahl“ durch den Kreistag erfolgt dann im Dezember.

## TOP 14 – Neuaufstellung der Erwachsenenbildung

Hierbei ging es um die Verschmelzung der Volkshochschulen der Stadt und des Landkreises Göttingen, welche von der LINKEN mitgetragen werden kann. Kritik übte Eckhard Fascher aber an dem in der Vorlage enthaltenen Verkauf der „Eichsfelder Hütte“ im Harz, da seitens der LINKEN die Privatisierung von öffentlichem Eigentum grundsätzlich abgelehnt wird.

Lediglich ein Verkauf der sicher stellt, dass die „Eichsfelder Hütte“ auch künftig wie bisher unter der Regie der Naturfreunde betrieben werden kann, könne die Zustimmung der LINKSFRAKTION erhalten. Dies ist aber bisher völlig offen.

## TOP 17 – GVZ Lenglern / Holtensen

In der Vorlage ging es lediglich um die „Kostenbeteiligung des Landkreises Göttingen an der Bevorratung von Flurstücken für Ersatzland für die Logistikflächen“, also um einen Beschluss, mit dem der weitere Verlauf der Planungen ermöglicht werden soll.

Die Fraktionen der pro-kapitalistischen Einheitsparteien wollten über diesen Punkt gar nicht diskutieren und alles einfach nur durchwinken. Nachdem dann aber Eckhard Fascher sich als einziger zu Wort meldete und dieses unsinnige Großprojekt grundsätzlich in Frage stellte, fühlten sich die Bovender SPD- und CDU-Abgeordneten Thorsten Heinze und Harm Adam herausgefordert und gingen auch in die Bütt.

Eckhard Fascher kritisierte die fehlende Bürgerbeteiligung und machte deutlich, dass aufgrund der generellen Ablehnung dieses Projektes durch DIE LINKE natürlich auch eine solche Detailvorlage abgelehnt werden müsse.

Heinze (SPD) teilte beschwichtigend mit, dass Bürgerbeteiligung stattfinden werde, „wenn es soweit ist“.

Was das bedeutet, ist inzwischen ja hinlänglich bekannt. Kurz bevor die Bagger anrücken, dürfen die Bürger noch ein wenig herumrörgeln, geändert oder gar gestoppt werden kann dann aber gar nichts mehr.

Adam (CDU) verwies auf die „bevorzugte Stellung des Projektes im Landesraumordnungsprogramm“. Dass darin vielleicht ein Fehler steckt, nachdem in Göttingen bereits ein GVZ III in Bau ist, scheint nicht jeder Lokalpatriot einsehen zu wollen.

## ► Aus der Arbeit des Kreissprecherrates

Am 20.11. wird ein neuer KSR gewählt, damit hat der jetzige KSR mit Doreen Wohlrab, Sabrina Vache, Dietmar Reitemeyer, Oliver Preuß, Ulrich Maschke und Volker genau zwei Jahre amtiert. Seit Gründung von DIE LINKE ist dies die erste Wahlperiode, in der ein KSR personell unverändert blieb. Die Zusammenarbeit ist gut, vertrauensvoll und konstruktiv verlaufen.

Die satzungsgemäßen Aufgaben des KSR beinhalten „(...) **die politischen und organisatorischen Geschäfte** des Kreisverbandes (...)“, insbesondere die Durchführung von Kreismitgliederversammlungen, die Organisation der Kreisgeschäftsstelle, die Öffentlichkeitsarbeit, die Mitgliederverwaltung und das Führen der Kasse sowie die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen. Mit Beginn der Amtsperiode wurde dazu ein Geschäftsverteilungsplan mit Zuständigkeiten vom KSR festgelegt.

Diese **organisatorischen Arbeiten** erfordern einen hohen Zeitaufwand. Dies betrifft die Mitgliederverwaltung, die Kasselführung, die Mitwirkung im Landesfinanzrat, die Organisation und Durchführung von Mitgliederversammlungen oder auch die Regelung der Angelegenheiten des Roten Zentrums mit Beteiligung an den NutzerInnenversammlungen bis hin zu Sperrmüllaktionen. Wichtig für Mitglieder und Öffentlichkeit sind die immer aktuelle Homepage und die Göttinger Blätter.

Es wurden 12 Kreismitgliederversammlungen durchgeführt. Hinzu kamen zwei zusätzliche zum Landtags- und Bundestagswahlprogramm, bei denen Änderungsanträge erarbeitet wurden.

Zur Zeit verfügt der KV über rund 145 Mitglieder, zu Beginn der Amtszeit waren dies 160. Etwa dreißig Mitglieder wurden wegen Nichtzahlung der Beiträge ausgeschlossen, nur etwa zehn erklärten ihren Austritt, 25 traten neu ein. Für diese gab es zwei Neumitgliedertreffen.

Im Berichtszeitraum gab es neben Göttingen, vier OV in Münden, Bovenden, Dransfeld und Rosdorf, die in ihrer Arbeit durch den KSR unterstützt worden.

Eine Aufgabe für den nächsten KSR wird die Neugründung und Wiederbelebung von Arbeitsgruppen sein. Immerhin

gelang es, die Jugendgruppe solid neu zu konstituieren.

Die Durchführung des Parteitags in Göttingen erforderte die Mitwirkung des KV und die Koordination von vierzig freiwilligen Helfern.

**Zwei Wahlkämpfe** gab es zu führen, dabei lag es auch beim KSR für eine korrekte Aufstellung und die Einreichung der Wahlvorschläge zu sorgen. Zahlreiche Infostände, Verteilaktionen und die Plakatierung mussten mit Hilfe der Ortsvorstände organisiert werden. Herausragende Veranstaltungen waren die mit Katja Kipping, die Buchlesung mit W. Kaminer und die Rede von Sarah Wagenknecht, die von den jeweiligen Wahlkampfteams und Helfern hingebungsvoll durchgeführt wurden.

Die **kommunalpolitische Arbeit** wird durch die Mitwirkung am entsprechenden Arbeitskreis und an den Bürgerfragestunden im Rat und Kreistag unterstützt. Zur Kreistagssitzung im Juni 2013 wurde eine Demonstration gegen die Senkung der „Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger“ unterstützt.

Anlässlich der bevorstehenden Kreisfusion fanden in der ersten Jahreshälfte 2012 Regionaltreffen mit den KV Northeim und Osterode zu kommunalpolitischen Themen und Organisationsfragen statt. Diese Tradition wird am 30.11. mit einem Informationsaustausch zur Umsetzung von Hartz IV wieder aufgenommen.

Die weitere **inhaltlichen Arbeit** dominierten die Themenbereiche Antifa/Überwachung, Anti-Atom/ Klima und Soziales. Der KV wirkte dabei am Bündnis gegen Rechts mit und beteiligte sich an den Demos im August 2013 in Bad Nenndorf und gegen Pro Deutschland in Göttingen. Hinzu kamen Demos zur Abschaffung des Verfassungsschutzes, gegen Polizeipräsident Kruse und Petitionen gegen diesen und den früheren Innenminister Schönemann. Alljährlich beteiligt sich der Kreisverband an der Gedenkveranstaltung am 8. Mai.

Zur **Anti-Atom-Arbeit** unterstützte der KSR das Anti-Atom-Bündnis. Dazu beteiligte sich der KV jeweils im August an zwei Aktionsständen mit dem Anti-Atom-Radler und der AAI sowie an der Menschenkette in Grohnde im März 2013.

Filmabende zu Fukushima und Fracking wurden im Dezember 2012 bzw. Mai 2013 mit den MdB Dorothee Mentzner und Johanna Voß durchgeführt. Regelmäßig beteiligt sich der KV an dem im Dezember stattfindenden Weltklimatag.

Auch am 1. Mai ist der KV immer präsent. ebenso an den UmFairteilen-Aktionstagen im September 2012 und April 2013 sowie an Blockupy vor Ort im Mai 2013. Wichtig sind auch Aktionen gegen Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen wie sie beispielsweise bei NETTO mit dem Parteivorsitzenden Bernd Rie-xinger statt fanden. Im Dezember 2012 referierte der MdB N. Movassat zum Thema „Geschäft mit dem Hunger.“

Diese Aktivitäten waren nur durch die engagierte Hilfe der Mitglieder und in Arbeitsteilung mit dem Ortsvorstand Göttingen möglich, denen der KSR ausdrücklich dankt.

Ein detaillierter Rechenschaftsbericht und Ideen zur zukünftigen Arbeit des KSR folgen auf der KMV am 20. November.

### Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

#### Syrien: „Revolution gegen eine Diktatur“ oder „Schutz der Republik vor Terroristen“

Kontroversen über linke Sichtweisen auf den syrischen Konflikt

**am Dienstag, den 5.11., 19 Uhr im Holbornschen Haus**

mit Martin Dolzer, Journalist, Kampagne Tator Kurdistan und Frank Recken, Mitglied von Marx 21 und Mitarbeiter von Christine Buchholz (MdB DIE LINKE)  
Mitveranstalter: Antikriegsbündnis Göttingen

Folgende Veranstaltung wird während der Open Uni stattfinden:

#### Führt Ökologische Kreislaufwirtschaft zu einer neuen Gesellschaft?

Termin: voraussichtlich Fr., 29. November, 20 Uhr, Raum noch offen

(siehe Programm)

Mit: Dr. Eckhard Fascher

Mitveranstalter: Verein für Umwelt- und Konfliktforschung



(...) Fortsetzung von Seite 1

27. Januar in Deutschland offizieller „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“.

Gedenken braucht mehr als einen isolierten, staatlichen Gedenktag. Darum betten wir mit unserer Veranstaltungsreihe den Tag der Befreiung von Auschwitz in seinen historisch-politischen Zusammenhang ein. Die Eckdaten 9. November (Pogromnacht 1938) und 30. Januar (Ernennung Hitlers zum Kanzler 1933) sollen an Schuld und Verantwortung der Deutschen erinnern.

Gedenken braucht einen Standpunkt. Wir müssen feststellen, dass bei der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus heute vor allem wieder die deutschen Opfer etwa von Bombenkrieg oder Vertreibungen in den Vordergrund gerückt werden. Wir, die VeranstalterInnen dieser Reihe, treten solcher und anderer Relativierung entgegen. Wir möchten Zeichen setzen: Gegen Gleichgültigkeit und Vergessen. Gegen die Verharmlosung deutscher Schuld und Verantwortung. Gegen das Fortbestehen rechter Ideologie und rechtsextremer Aktivitäten in Alltag und Gesellschaft.

Erinnerung braucht Wissen. In dieser Reihe wird in öffentlichen Veranstaltungen der Opfer gedacht und durch Vorträge, Lesungen, Begegnungen mit ZeitzeugInnen, Diskussionsrunden, Theater- und Filmvorführungen, Konzerte, historische Stadtrundgänge und Führungen in KZ-Gedenkstätten eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus geführt.

Die Reihe wird organisiert von einem Bündnis, zu dem sich verschiedenste gesellschaftliche Initiativen und Einrichtungen zusammengeschlossen haben.

Den gemeinsamen Veranstaltungsflyer gibt es wie gewohnt beim DGB Südniedersachsen/Harz sowie im Internet unter: [www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de](http://www.gedenken-an-die-opfer-des-nationalsozialismus.de).

### „Jude bleibt Jude“. Die Absetzung des Pastor Benfey

Gedenkstunde anlässlich der Pogromnacht 1938

### Samstag, 9. November 2013, 18 Uhr Mahnmal am Platz der Synagoge

Bruno Benfey, dessen Großeltern zum Christentum übergetreten waren, war bis 1936 evangelischer Pfarrer von St. Marien in Göttingen. In diesem Jahr wurde er nach einer beispiellosen Hetzkampagne – das Zitat „Jude bleibt Jude“ stammt aus einem Hetzblatt – nach einem Gottesdienst im Talar verhaftet und von der Landeskirche versetzt. 1938 wurde Benfey in Buchenwald inhaftiert und konnte später ins Ausland fliehen. Von 1946 bis 1962 war er nach anfänglichen Widerständen wieder Pfarrer in der Mariengemeinde. An seine Verfolgungsgeschichte erinnert der Religionskurs des Otto-Hahn-Gymnasiums (OHG) und der Geschwister-Scholl-Gesamtschule; musikalische Begleitung: Konzertchor des OHG.

Veranstalter:  
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und die Stadt Göttingen

## ► „Niemand ist vergessen und nichts ist vergessen!“

Von Montag, 20. Januar 2014,  
bis Sonntag, 2. Februar 2014  
in der Galerie Alte Feuerwache,  
Am Ritterplan 4, Göttingen

Geöffnet: montags bis freitags von 10:00 bis 12:00 Uhr und von 15:00 bis 18:00 Uhr, sonntags von 11:00 bis 13:00 Uhr

Die Ausstellung ist durchgängig zweisprachig in deutsch und russisch.

Ausstellungseröffnung mit dem russischen Pianisten Igor Kirillov und der Zeitzeugin Lea Sorina am **Montag, 20. Januar 2014, um 18:00 Uhr.**

Nach 900 Tagen der Belagerung durch die deutsche Wehrmacht wurde Leningrad am 27. Januar 1944 befreit. Der 70. Jahrestag gibt Anlass, insbesondere der Opfer des Vernichtungskrieges, der sich unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ gegen die damalige Sowjetunion richtete, zu gedenken und sich dabei erneut mit der brutalen Strategie der systematischen Vernichtung von Menschen unter den Nationalsozialisten auseinanderzusetzen. Dazu wurde von der jetzt in Göttingen lebenden

Zeitzeugin Lea Sorina und der hiesigen Jüdischen Gemeinde eine Ausstellung initiiert und zusammengestellt. Verschiedene Veranstaltungen in der Reihe nehmen darüber hinaus das Thema auf.

Die Befreiung Leningrads erfolgte wie die Befreiung von Auschwitz 1945 am 27. Januar, dem heutigen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus. Das fordert uns dazu auf, an die Shoah zu erinnern und zugleich die verbrecherischen Dimensionen des Unrechtssystems der Nationalsozialisten in ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität zu begreifen.

In der Ausstellung werden Fotos aus dem belagerten Leningrad sowie erläuternde Dokumente gezeigt, die Zeugnis über die Not, aber auch den ungebrochenen Widerstand der Leningrader Bevölkerung geben. Beeindruckend sind auch die ausgestellten Bilder, die Leningrader Kinder während der Belagerung gemalt haben. In ihnen spiegeln sich die Schrecken des Krieges und der Entbehrungen, aber auch die Hoffnung auf Befreiung. Veranstaltet vom Bündnis „9. November – 30. Januar“

Die Ausstellung wird im Anschluss noch an mehreren Göttinger Schulen gezeigt.

### Unser Genosse und Kamerad

## Joachim Bertram

ist tot. Er starb mit 58 Jahren völlig unerwartet.

Neulich sagte eine gute Freundin: „Ein ‚Peacenik‘ war Achim wahrlich nie. Sondern immer vehement widerständig, lautstark, stets verbunden mit ein bisschen anarchistischer Ader.“ Und so kannten wir ihn auch.

Politisiert worden war Achim im KBW und BWK. Der DKP näherte er sich nach dem gesellschaftlichen Rollback 1989/90 an. Auch seine Erlebnisse als Brigadist in Nicaragua förderten seinen Entschluss, in die DKP einzutreten, deren Mitglied er nunmehr fast 20 Jahre lang war.

Achim war auch als engagierter Antifaschist bekannt, der stets resolut gegen soziale Demagogie und Nazi-Hetze auftrat. So war es nur folgerichtig, dass Achim in der VVN-BdA aktiv wurde.

Mit Achim verlieren wir einen wertvollen Genossen und VVN-Kameraden.

DKP Kreisverband Göttingen  
VVN-BdA Kreisvereinigung Göttingen  
Partei Die Linke,  
Kreisverband Göttingen